

DIE FREIHEIT

BÜRGERRECHTSPARTEI FÜR MEHR FREIHEIT UND DEMOKRATIE

GRUNDSATZPROGRAMM

Am 28. Oktober 2010 von der Gründungsversammlung der Bürgerrechtspartei DIE FREIHEIT beschlossene Kurzfassung

Leitsätze	2
1. Verfassung und Demokratie	4
2. Familie und Generation	6
3. Schule und Bildung	7
4. Arbeit und Soziales	8
5. Wirtschaft und Finanzen	10
6. Forschung und Entwicklung	11
7. Energie und Umwelt	12
8. Gesundheit	13
9. Sicherheit	13
10. Migration und Integration	15
11. Europa und Welt	17

Leitsätze

Die freiheitlich demokratische Grundordnung hat uns seit Jahrzehnten ein Leben in Freiheit und Wohlstand ermöglicht und bildet einen starken Kontrast zu vorangegangenen Systemen. Wir möchten Freiheit und Wohlstand erhalten, verteidigen und unsere Gesellschaft stärken.

Freiheit und Selbstbestimmung

Wir sind überzeugt, dass Freiheit eines der höchsten menschlichen Güter ist. Unverzichtbarer Bestandteil einer freiheitlichen Gesellschaft ist das Recht:

- auf Meinungsfreiheit
- auf Informations- und Pressefreiheit
- auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit
- auf Freiheit zur und Freiheit von Religion
- auf freie Wahl des Lebenspartners und sexuelle Orientierung
- auf freie Berufswahl
- die Verantwortung für die Erziehung der eigenen Kinder zu übernehmen
- die Möglichkeit, jedem Bildung zu vermitteln
- keine Angst vor Gewalt haben zu müssen

Die Freiheit ist keineswegs selbstverständlich. Sie musste über die Jahrhunderte gegen staatliche Gewalt wie absolute Monarchen und totalitäre Diktatoren erkämpft werden. Auch heute muss die Freiheit jeden Tag neu gefestigt und verteidigt werden:

- gegen Politiker eines Staatsapparats, die mit ausufernder Bürokratie und unverantwortlicher Schuldenpolitik einen wachsenden Teil der Früchte unserer Arbeit umverteilen;
- gegen linksideologisch motivierte Experimente zur Umerziehung der Bevölkerung und sozialistischer Gleichschaltung unserer Gesellschaft;
- gegen die sukzessive Beschneidung von Grundrechten, insbesondere der freien Meinungsäußerung, von Seiten des Staates als auch der Presse;
- gegen die schleichende Einführung eines Überwachungsstaates, der durch Verfahren wie Internetsperren und genereller Vorratsdatenspeicherung seine Bürger immer stärker kontrolliert;
- gegen die Ausbreitung totalitärer Ideologien, insbesondere des politischen Islams und des Sozialismus.

Demokratie und Transparenz

Demokratie bedeutet: Herrschaft des Volkes. Das parlamentarische System in Deutschland gibt den Parteien jedoch zu viel Macht. Viele Entscheidungen werden von Parteipolitikern gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt. Wahlversprechen werden gemacht, aber selten eingehalten.

Dies führt zu Politikverdrossenheit und zu einer ständig sinkenden Wahlbeteiligung. Sie entfremdet die Bevölkerung von einer „politischen Kaste“, die sich immer weiter von der Realität entfernt und neben den ethnischen „Parallelgesellschaften“ zusätzlich eine politische „Parallelgesellschaft“ schafft. Wir sind deshalb dafür, das parlamentarische System durch Volksbegehren und verbindliche Volksentscheide auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene zu erweitern.

Demokratie verdient erst dann ihren Namen, wenn die Bürger tatsächlich über die wichtigen politischen Sachfragen entscheiden dürfen. Wir setzen uns dafür ein, in Deutschland eine direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild einzuführen. Es ist die Aufgabe der Politik, dem Bürger auch komplexe Sachverhalte klar darzulegen. Betrug am Wähler, wie gebrochene Wahlversprechen oder bezahlter Lobbyismus, müssen konsequent geahndet werden.

Patriotismus und Identität

Ein Volk, welches nicht zu sich selbst steht, ist langfristig dem Untergang geweiht. Jahrzehnte hindurch haben Meinungsmacher und Politiker dabei mitgewirkt, Schuldbewusstsein der Deutschen wach zu halten, was die Identifikation mit ihrer eigenen Nation schwinden ließ. Wir Deutsche dürfen uns nicht auf die zwölf Jahre einer verbrecherischen Periode reduzieren lassen, es muss uns erlaubt sein, auf die kulturellen und historischen Leistungen des Deutschen Volkes stolz zu sein, ohne die Tiefpunkte unserer Geschichte auszublenden. Den eigenen Patriotismus über den der anderen Nationen zu stellen – das lehnen wir ab.

Die Werte der Aufklärung

Die Menschenwürde, die Meinungsfreiheit, die Demokratie, die Toleranz gegenüber Andersdenkenden, die Gleichberechtigung von Mann und Frau und das Prinzip der Trennung von Staat und Religion sind die Grundlagen unserer Gesellschaft. Wir verteidigen diese Werte der Aufklärung gegen jeden Angriff durch totalitäre Ideologien, ob von rechts, von links oder aus der religiös-fundamentalistischen Richtung.

Jüdisch-Christliche Wurzeln

Wir sind uns unserer jüdisch-christlichen Wurzeln stets bewusst und wollen Staat und Gesellschaft aus christlich-abendländischem Geist gestalten. Wir gehen dabei vom positiven Menschenbild aus, wie es das Neue Testament der Bibel verkündet. Mann und Frau sind gleich an Würde. Alle bürgerlichen Rechte und Pflichten, alle Menschenrechte und das Selbstverständnis des Staates basieren auf diesem Menschenbild. Die lange abendländische Tradition Deutschlands ist nicht beliebig austauschbar.

Trennung von Staat und Religion

Die Freiheit des Glaubens und des religiösen Bekenntnisses sind unverletzlich. Die Ausübung des religiösen Bekenntnisses ist gewährleistet, solange sie nicht die Freiheit anderer Bürger einschränkt oder gefährdet. Glauben und religiöses Bekenntnis dürfen nicht den Werten der Aufklärung und den Wurzeln unserer Gesellschaft entgegenstehen. Den Missbrauch der Religionsfreiheit zur Durchsetzung politischer Ziele lehnen wir ab.

Sicherheit und Gerechtigkeit

Die grundlegende Aufgabe des Staates ist es, seine Bürger zu schützen, damit diese sich in Freiheit entwickeln können. Wenn der öffentliche Raum zur Bedrohung wird und Angst die eigenen Handlungen bestimmt, ist die Freiheit des Einzelnen in Gefahr. Wir stehen für eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Straftätern und werten den Opferschutz höher als den Täterschutz.

Solidarität und Gemeinschaft

Unsere Gesellschaft ist eine Solidargemeinschaft, in der die Stärkeren die Schwächeren schützen und stützen. Den Schwachen muss geholfen werden, innerhalb ihrer Möglichkeiten einen Beitrag für die Gemeinschaft zu erbringen. Den Missbrauch dieser Solidargemeinschaft lehnen wir ab.

Soziale Marktwirtschaft

Wir sind davon überzeugt, dass die soziale Marktwirtschaft nach wie vor das beste aller Wirtschaftssysteme ist. Die Aufrechterhaltung oder Herstellung eines fairen Wettbewerbs ohne Monopole ist unser Ziel. Der Staat muss sich auf solche Aufgaben konzentrieren, die er nachweisbar besser bewältigen kann als nicht-staatliche Organisationen wie Unternehmen, Stiftungen oder Genossenschaften.

Bürokratie und Staatsmacht

Wir sind gegen jede Form obrigkeitstaatlichen Denkens. Wir sehen die Staatsgewalt als Dienstleister für das Volk an, welche durch einen effizienten und ausreichenden Apparat die Verwaltungsaufgaben übernimmt. Die Freiheit des Einzelnen ist dabei stets zu gewährleisten. Wir wissen aber auch, dass durch extreme Situationen wie Krieg und Katastrophen die Freiheiten des Einzelnen zeitweise eingeschränkt werden können.

1. Verfassung und Demokratie

1.1. Identität

Wie jeder Mensch eine persönliche Identität hat und benötigt, so trifft dies auch auf ein Volk zu. Die aus der Lebensgeschichte erwachsenen Traditionen und Werte sind es, die jedem darin lebenden Individuum Orientierung und Halt geben und der Gemeinschaft die nötige Kohäsion. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Identität gestärkt wird.

1.2. Patriotismus

Wir plädieren für eine Rückkehr zu einem positiven Patriotismus, der andere Nationen einschließt und nicht ausgrenzt, der Stolz auf das Heimatland zulässt, sich aber nicht über andere Nationen erhebt. Wir möchten diesen Patriotismus aktiv fördern, da nur so eine starke Solidargemeinschaft wachsen kann und auch Zugewanderte einlädt, sich mit Deutschland zu identifizieren.

1.3. Verfassung

Wir fordern eine Verfassung für Deutschland, die vom deutschen Volk beschlossen werden muss. Die Deutsche Verfassung soll die Bestimmungen des Grundgesetzes um die Elemente der direkten Demokratie und die Festschreibung der deutschen Sprache als Landessprache erweitert werden.

1.4. Demografie

Wir setzen uns für eine Reform der Familienpolitik in Deutschland ein. Gleichzeitig erteilen wir einer Politik, die darauf gerichtet ist, die Alterspyramide durch unkontrollierte Zuwanderung zu stabilisieren, eine klare Absage. Wir halten sie für einen fatalen Irrweg und werden entschieden gegensteuern.

1.5. Bürokratieabbau

Wir sind davon überzeugt, dass durch den Abbau der Bürokratie auf ein überschaubares Maß nicht nur gewaltige Summen an Geldern frei werden, sondern so auch die Verwaltung für die Bürger übersichtlicher wird und setzen uns deshalb für einen umfangreichen Bürokratieabbau ein.

1.6. Einführung der direkten Demokratie

Demokratie bedeutet: Herrschaft des Volkes. Wir sind daher für die Ergänzung des parlamentarischen Systems durch Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Die Verfahren sind in allen Ländern und Kommunen zu vereinheitlichen.

1.7. Direktwahl und Stärkung des Bundespräsidenten

Wir fordern die Direktwahl des Bundespräsidenten und die Erweiterung seiner Kompetenzen auf die Benennung der Richter des Bundesverfassungsgerichtes, der obersten Bundesgerichte und die Mitglieder des Bundesrechnungshofes und auf die Prüfung der Rechenschaftsberichte politischer Parteien.

1.8. Unabhängigkeit der Parteien von Lobbyismus

Parteien tragen zur politischen Willensbildung bei und haben so eine große Verantwortung und müssen deshalb unabhängig von Lobbyinteressen sein. Spenden dürfen keinen Einfluss auf politische Entscheidungen haben. Wir fordern deshalb, eine Verschärfung der Offenlegungspflicht und Überprüfung sämtlicher Parteifinanzen.

1.9. Unabhängigkeit der Medien von Parteien

Als „vierte Gewalt“ kommt den Medien eine hohe Bedeutung bei der politischen Willensbildung eines Volkes zu. Deshalb fordern wir die völlige Unabhängigkeit der Presse, insbesondere von politischen Parteien. Direkte oder indirekte Beteiligungen an Presseunternehmen sind offen zu legen und Presseerzeugnisse deutlich zu kennzeichnen. Wir fordern die von Parteien unabhängige Zusammensetzung der Medienräte. Weiterhin fordern wir die Abschaffung der GEZ zugunsten einer Steuerfinanzierung. Die Freiheit des Internets als freie und unabhängige Informationsquelle muss gewährleistet bleiben. Eine Zensur lehnen wir ab.

1.10. Verbindliche Wahlversprechen und Amtseid

Wir fordern von den politischen Parteien, die in Regierungsverantwortung sind, am Ende jeder Legislaturperiode einen Rechenschaftsbericht, in dem die Versprechen vor der Wahl dem politischen Handeln gegenübergestellt werden. Der vorsätzliche Eidesbruch muss geahndet werden und sollte zur Streichung oder Kürzung von Altersbezügen führen.

1.11. Sanktionierung von Steuerverschwendung

Jahr für Jahr werden vom Bundesrechnungshof, von den Landesrechnungshöfen oder vom Bund der Steuerzahler Verschwendung von Steuermitteln in Millionenhöhe aufgezeigt, ohne dass dies Konsequenzen hat. Wir fordern, dass verantwortliche Politiker zur Verantwortung gezogen werden.

2. Familie und Generation

2.1. Wertschätzung von Familien

Wir betrachten die eheliche Mutter-Vater-Kind-Familie keinesfalls als Auslaufmodell. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Erziehungsleistung von Kindern in Familien wieder die Anerkennung erhält, die sie verdient.

2.2. Schutz des ungeborenen Lebens

Das verfassungsgemäße Recht auf Leben steht auch dem ungeborenen Kind zu. Es ist daher die Pflicht des Staates, dieses Leben zu schützen. Nicht selten verursachen Abtreibungen psychische Spätfolgen bei betroffenen Frauen, die später diesen Schritt bereuen. Wir setzen uns deshalb für eine lebensbejahende Beratung, eine unbürokratische Hilfe und schnelle finanzielle Unterstützung schwangerer Frauen in Notlagen ein.

2.3. Familien und Kinder haben Vorrang

Wir wollen einen Werktag der Woche zum Familientag erklären, an dem Familien mit Kindern bei Behördengängen, Arztbesuchen usw. vorrangig behandelt werden. Wir wollen erreichen, dass auch private Unternehmen diesen Familientag unterstützen und ihre Angebote für Kinder ausbauen.

2.4. Einführung eines Erziehungsgehaltes

Wir setzen uns dafür ein, dass die Betreuung und Erziehung der Kinder als Beruf anerkannt wird. Wir stehen für eine Neuordnung der finanziellen Unterstützung und fordern die Einführung eines angemessenen Erziehungsgehaltes.

2.5. Unterstützung und Begleitung der Eltern

Wir sind für die Unterstützung und Begleitung in der Erziehung durch kostenfreie Beratungsangebote.

2.6. Flächendeckendes Betreuungsangebot

Wir fordern den flächendeckenden Ausbau von Kindergärten und Horten oder Ganztagschulen. Diese Einrichtungen dürfen nicht nur Aufbewahrungsstätten sein.

2.7. Reform des Generationenvertrages

Wir wollen einen Teil der Einkommenssteuer in eine einkommensabhängige Familiensteuer umwandeln, aus der sich später ein Familienzuschlag zur Basisrente speist. Diesen Familienzuschlag sollen nur die Rentner anteilig erhalten, die Kinder geboren und erzogen haben.

2.8. Private Alterspflichtvorsorge

Wer sich nicht für Kinder entscheiden kann oder will und deshalb keinen Anspruch auf den kinderbezogenen Rentenzuschuss hat, soll sich stattdessen für eine private Altersvorsorge entscheiden.

2.9. Flexibles Renteneintrittsalter

Ein starres altersbezogenes Renteneintrittsalter berücksichtigt insbesondere nicht, dass die gesundheitliche Verfassung von älteren Menschen stark von der Belastung abhängt, die sie im Laufe ihres Arbeitslebens erfahren haben^{→0}. Wir setzen uns deshalb für ein flexibles Renteneintrittsalter ein.

3. Schule und Bildung

3.1. Bundeseinheitliches Bildungssystem

Wir verstehen uns als Kulturnation, in der jeder Bürger das Recht auf eine gleichwertige Bildung hat. Deshalb plädieren wir für ein bundeseinheitliches Bildungssystem.

3.2. Das dreigliedrige Schulsystem

Wir wollen, dass Schüler ihren Möglichkeiten entsprechend gefördert werden und treten deshalb für die flächendeckende Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems ein.

3.3. Schulen in freier Trägerschaft

Schulen in freier Trägerschaft sind eine wichtige Ergänzung zu staatlichen Schulen und müssen deshalb die gleichen finanziellen Mittel erhalten. Der Personalkostenzuschuss muss deshalb bundesweit dem staatlicher Schulen gleichgestellt werden.

3.4. Anhebung des Leistungsniveaus

Damit Deutschland international konkurrenzfähig bleibt, wollen wir das Leistungsniveau an Schulen und Universitäten schrittweise erhöhen.

3.5. Bundeseinheitliche Bildungsstandards

Wir sind für ein bundeseinheitliches Prüfungssystem aller Schulen und die Offenlegung der Prüfergebnisse, so dass Eltern die Qualität jeder Schule einschätzen können.

3.6. Ganztagschulen

Alle allgemeinbildenden Schulen sollen ein Ganztagsangebot bereitstellen, inklusive einer intensiven Hausaufgabenbetreuung durch die Lehrkräfte und sog. Co-Lehrer.

3.7. Co-Lehrer und Sicherheit

Wir sind für die Einführung von Co-Lehrern und Sicherheitskräfte an Schulen. Diese werden über das Workfare-Konzept^{→4.2} eingesetzt und unterstützen Lehrer etwa bei der Hausaufgabenbetreuung oder übernehmen die Aufsichtspflicht.

3.8. Disziplin an Schulen

Die Schulpflicht ist ausnahmslos durchzusetzen und mit Sanktionen für die Eltern zu ahnden, sollte das Kind unentschuldig fehlen. Wir sind für die Einführung von einheitlicher Schulkleidung.

3.9. Kindergärten und Vorschulen

Der Besuch eines Kindergartens (Kindertagesstätte) oder einer Vorschule soll bei erkennbaren Defiziten (z. B. Sprachdefizite) bindend verordnet werden und ist auf Ganztagsbetreuung ausgerichtet.

3.10. Weiterbildung von Pädagogen

Lehrer und Erzieher müssen in regelmäßigen Abständen Weiterbildungsmaßnahmen wahrnehmen.

3.11. Kostenbefreiung für Bildung

Wir fordern die Lehrmittelfreiheit für alle Schüler. Die Schulen erhalten ein Budget aus denen Schulausflüge oder Klassenfahrten finanziert werden können.

3.12. Hochschulen und Universitäten

Wir sind für eine Erhöhung der Leistungsanforderungen und der Effizienz eines Studiums. Wir fordern die regelmäßige Prüfung am Ende jedes Semesters. Wir sind gegen Studiengebühren an Hochschulen und Universitäten für Studenten innerhalb der Regelstudienzeit.

4. Arbeit und Soziales

4.1. Reform des Arbeitslosengeldes

Für den Leistungsanspruch muss die gesamte Beitragszeit ausschlaggebend sein und nicht die letzten Beschäftigungsjahre. Die Anspruchsdauer verringert sich ähnlich einem Zeitkonto mit jeder Inanspruchnahme und erhöht sich nach jedem Beitragsmonat. Die erworbene Anspruchsdauer bleibt auch bei zwischenzeitlicher Selbstständigkeit oder freiberuflicher Tätigkeit erhalten.

4.2. Das Workfare-Konzept¹ statt ALG II

Dieses arbeitsmarktpolitische Konzept ersetzt staatliche Transferleistung durch eine verpflichtende, in der Regel gemeinnützige Arbeit, die in jedem Fall obligatorisch eingefordert wird. Jedem wird entsprechend seiner Fähigkeiten und unter Berücksichtigung seiner Qualifikation ein geeigneter Arbeitsplatz angeboten. Länder und Kommunen einigen sich darauf, welche Arbeiten in das Konzept aufgenommen werden sollen. Das Ziel muss sein, jedem eine würdige Arbeit anzubieten, die im Einklang mit Ihren Fähigkeiten und den Zielen der Gesellschaft steht. Arbeitnehmer im Workfare-Konzept sind anderen Arbeitnehmern gleichgestellt.

4.3. Kombilohn-Modell

Gerade für Kleinstunternehmen (bis max. fünf Arbeitnehmer) ist es besonders am Anfang oft schwer, gut bezahlte Arbeit anzubieten². Durch einen schrittweisen Abbau des Zuschusses soll erreicht werden, dass sich dieser Arbeitsplatz mittelfristig ohne Subventionen trägt.

4.4. Begrenzung von Minijobs

Wir wollen eine Reduzierung von Minijobs erreichen und fordern eine Maximalquote von zehn Prozent des Mitarbeiterstamms. Schüler und Studenten sind von der Maximalquote ausgenommen.

4.5. Kein Lohn-Dumping durch Zuwanderung

Billige Arbeitskräfte aus dem Ausland drücken die Löhne in Deutschland. Dies führt zu Dumping-Löhnen und zur Arbeitslosigkeit der einheimischen Bevölkerung. Auch deshalb setzen wir uns für den Stopp unkontrollierter Zuwanderung ein und fordern, die Zuwanderung im Interesse des Allgemeinwohls neu zu regeln.

4.6. Renteneintritt und Altersarbeit

Wir setzen uns für ein flexibles Renteneintrittsalter ein, das an eine Mindestbeitragszeit und nicht an das Lebensalter gekoppelt ist. Wer das Renteneintrittsalter erreicht hat, aber noch weiter arbeiten will und kann, soll von der Beitragspflicht zur Renten- und Arbeitslosenversicherung und Einkommenssteuer für diesen Lohn befreit werden. Auch eine flexible Kombination aus Teilzeit und Teilrente soll möglich sein.

4.7. Reform der Krankenversicherung

Wir fordern eine umfassende Reform der Krankenversicherung mit dem Ziel, die Zweiklassenversorgung abzuschaffen. Hierbei soll überlegt werden, ob die Zusammenlegung von gesetzlicher und privater Krankenversicherung zu einer Versicherung für alle Bürger möglich und gerechter ist. In einem ersten Schritt müssen dringend die Verwaltungskosten der Krankenversicherung etwa durch die Zusammenlegung von Krankenkassen reduziert werden.

¹ Internationaler Begriff für eine obligatorische Arbeitsleistung bei Bezug staatlicher Transferleistungen.

² Beispiel: Ein Lohn von 4 Euro würde mit 4 Euro aufgestockt; ein Lohn von 5 Euro mit 3,50 Euro und ein Lohn von 6 Euro mit 3 Euro, usw.

5. Wirtschaft und Finanzen

5.1. Soziale Marktwirtschaft

Wir halten am Prinzip der sozialen Marktwirtschaft fest. Ein Einkommensgefälle zwischen den Teilnehmern in der Wirtschaft soll Ansporn zur Anstrengung und Belohnung für wirtschaftliche Risiken bleiben, aber es darf nicht zu Einkommensunterschieden führen, bei denen die schlechter Verdienenden zu minderwertigen Menschen werden. Allen muss ein Einkommen aus ihrer Arbeit ermöglicht werden, welches ein freies, selbstverantwortetes und selbstbestimmtes Leben, mit eigener Familie und der individuellen Lebensgestaltung erlaubt.

5.2. Reform des Steuersystems

Das bisherige Steuersystem ist ineffizient, intransparent und ungerecht. Es muss grundsätzlich vereinfacht und auf eine gesunde Basis gestellt werden. Alle Steuerarten und Subventionen sind zu überprüfen und gegebenenfalls abzuschaffen.

5.3. Staatsverschuldung

Wir setzen uns den Abbau der Schulden als Ziel. Erreichen werden wir dies primär über den Stopp von Geldverschwendung, der Reduzierung von Ausgaben und dem Bürokratieabbau, Reform des Staatsbürgerschafts- und Zuwanderungsrechts, der Reform des Gesundheitssystems sowie der Erhöhung der Staatseinnahmen durch die Ankurbelung der Wirtschaft und der von uns angestrebten Vollbeschäftigung.

5.4. Kaufmännisches Denken

Wir setzen uns dafür ein, dass staatliche Verwaltungen und Programme zur Wirtschaftsförderung sich vom Kameralistiksystem des 18. Jahrhunderts lösen und ihren Planungen kaufmännischem Denken und Handeln unterziehen. Einer Ausdehnung von staatlichen- oder EU-Programmen zur angeblichen Wirtschaftsförderung stehen wir sehr skeptisch gegenüber.

5.5. Umsatzsteuer als Maschinensteuer

Schrittweise wollen wir die Besteuerung von Löhnen und Einkommen senken und stattdessen stärker auf indirekte Steuern setzen. Insbesondere die Umsatzsteuer soll neu geregelt werden. Unser Ziel sind drei Stufen: 7% für Leistungen, die arbeitsintensiv sind, d.h. Handwerk und Dienstleistungen (auch Gastronomie, Lebensmittel und Produkte für Kinder), 16% für allgemeine Konsumgüter und 25% für Produkte, die bei uns hochautomatisiert hergestellt werden, wie z.B. Autos, Waschmaschinen, Computer oder Fernseher.

5.6. Abschaffung der Gewerbesteuer

Wir setzen uns für die Abschaffung der Gewerbesteuer bei gleichzeitiger Reform der Steuerverteilung zwischen Bund, Länder und Kommunen ein. Die Abschaffung der Gewerbesteuer ist auch ein Beitrag zum notwendigen Bürokratieabbau.

5.7. Spekulations- statt Grunderwerbssteuer

Grunderwerbssteuer belastet nicht nur die berufliche Mobilität, sondern auch gerade junge Familien, die sich ein Haus oder eine Wohnung kaufen wollen. Wir sind für die

Abschaffung der Grunderwerbssteuer und wollen sie durch eine Spekulationssteuer auf Immobilien ersetzen.

5.8. PKW-Maut statt Kfz-Steuer

Die Nutzung deutscher Autobahnen ist für ausländische Fahrzeuge, anders als in vielen europäischen Ländern, kostenfrei. Wir fordern, die Kfz-Steuer abzuschaffen und durch eine deutlich niedrigere Pkw-Maut zu ersetzen, die anders als die LKW-Maut nicht zur Totalüberwachung führen darf.

5.9. Abschaffung der IHK-Zwangsmitgliedschaft

Eine Zwangsmitgliedschaft aller Unternehmen bei den Industrie- und Handelskammern lehnen wir ab. Die Mitgliedschaft muss freiwillig sein. Die IHK kann um Mitglieder werben oder Ihre Leistungen frei anbieten und abrechnen.

6. Forschung und Entwicklung

6.1. Anpassung und Überprüfung der Forschungsgelder

Wir fordern die Anpassung und Überprüfung der tatsächlichen Gesamtinvestitionen für Forschung und Entwicklung auf die Einhaltung der Forderungen nach der so genannten Lissabon-Strategie, nach der 3 % des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung bereit gestellt werden sollen. Hierbei sollen auch nationale Zahlungen an die EU berücksichtigt werden.

6.2. Forschungsfinanzierung und Forschungsparadigmen

Wir setzen uns für die Einführung eines unabhängigen Forschungscontrollings ein, das u. a. die Forscher verpflichtet, den gesamtgesellschaftlichen Nutzen ihrer zu erwartenden Arbeit darzulegen. Zur Vermeidung von Lobbyismus und Verschwendung von Steuergeldern fordern wir einen ‚Ältestenrat für Forschungsfinanzierung‘, der in Funktion eines Beirates Empfehlungen an zuständige Ministeriums geben soll und mit seinen Empfehlungen sicherstellt, dass sich Forschung am Gemeinwohl orientiert.

6.3. Großprojekte

Wir sprechen uns dafür aus, dass Großprojekte wichtiger industrieller Schlüsselbranchen wie Elektronik-, Chemie- sowie Automobilindustrie weiterhin gefördert werden. Wir wenden uns aber entschieden dagegen, dass bei den Entscheidungen ideologische Glaubenssätze über wirtschaftliche Vernunft gestellt werden.

6.4. Klein- und Mittelständische Unternehmen

Kleinere und mittlere Unternehmen (KMUs) sollen Zugang zu Förderprojekten der Forschung haben. Hier kann das von uns im Punkt 6.2 geforderte unabhängige Forschungscontrolling wichtig sein, den volkswirtschaftlichen Nutzen messbar zu machen und Empfehlungen für eine Optimierung geben.

6.5. Kleinstunternehmen

Wir fordern eine Erweiterung des Innovationsbegriffs und damit der Förderung von Forschung und Entwicklung auch in Klein- und Kleinstunternehmen. Nicht nur die

Technologieorientierung, sondern generell neue Ansätze zur Erreichung eines Markterfolges sollten förderwürdig sein.

6.6. Steuergutschriften

Um Forschungsarbeitsplätze langfristig in Deutschland zu halten, müssen wir uns internationalen Trends anpassen. Wir fordern deshalb mittelfristig die Förderung von Aufwendungen für Forschung und Entwicklung durch Steuergutschriften finanzierbar zu machen. Die Bewertung, welche Aufwendungen anerkannt werden, sollen sich an das so genannte Frascati Manual der OECD³ orientieren.

7. Energie und Umwelt

7.1. Unabhängigkeit vom Öl

Insbesondere der Energieträger Öl verschmutzt nicht nur die Umwelt und ist endlich, er macht uns von autoritären Regime abhängig, die über große Mengen dieser Rohstoffe verfügen. Unser langfristiges Ziel ist es, fossile Brennstoffe komplett durch erneuerbare Energien (Wind, Wasser, Photovoltaik, Solarthermik, Biomasse, Erdwärme sowie heute noch unbekannte Energieträger) zu ersetzen und hierbei ein intelligentes System dezentraler Stromversorgung zu erreichen.

7.2. Freier Energiemarkt

Wir fordern, auch für kleine Stromanbieter im dezentralen Stromnetz die Möglichkeit, Spitzenlaststrom anzubieten, der dann auch mit den hierfür an der Strombörse gezahlten hohen Preisen entgolten wird. Volkswirtschaftlich wird ein deutlicher Nutzen erreicht, wenn es gelingt, die Kurve des täglichen Stromverbrauchs zu glätten und die Preise für den teuren Spitzenlaststrom durch konkurrierende dezentrale Anbieter zu senken.

7.3. Kernenergie

Wie lange die Kernenergie als Übergangenergieträger infrage kommt, soll durch einen Volksentscheid ermittelt werden. Hierbei ist der volkswirtschaftliche Nutzen, Risiken und die Energiekosten ohne Kernenergie für die Entscheidungsfindung transparent darzustellen.

7.4. Biomasse

Wir sehen in der Erzeugung und Nutzung von Biomasse den besten Weg zur indirekten Nutzung der Sonnenenergie als erneuerbarer Energieträger und setzen uns deshalb für einen sorgfältigen Ausbau ein, der Lösungen zum Wasserverbrauch, Kunstdüngereinsatz, große Anbauflächen mit Monokulturen, Vernachlässigung, bzw. Verteuerung der Lebensmittelproduktion mit einbezieht.

7.5. Tierschutz

Wir stehen für eine tier- und umweltfreundliche Landwirtschaft mit strengen, verbindlichen Vorschriften zu Haltung, Transport und Schlachtung aller landwirtschaftlich genutzten Tiere. Wir lehnen die Tierversuche ab und fordern ein

³ 1993, Kapitel 2

bedingungsloses Verbot für das betäubungslose Töten (Schächten) von Tieren aus religiösen Gründen. Den Verkauf von Halal-Produkten lehnen wir deshalb ab.

7.6. Wasser als Daseinsvorsorge

Die Wasserversorgung muss kommunale Daseinsvorsorge bleiben. Wir lehnen deshalb jegliche Privatisierung der kommunalen Wasserbetriebe ab und fordern die Rekommunalisierung, bereits privatisierte Wasserbetriebe. Verschmutzung und Verschwendung muss durch strengere Kontrollen verhindert werden.

8. Gesundheit

8.1. Schulmedizin und Dogmatik

Wir stellen uns gegen jeden Versuch, den freien Diskurs und die kritische Debatte über die Schulmedizin zu unterbinden und fordern eine transparente Untersuchung und Evaluation alternativer Heilmethoden.

8.2. Gesundheitliche Aufklärung

Wir fordern regelmäßige Aufklärung zur gesunden Ernährung in Schulen und Beratungskurse zur Motivation der Eltern. Wir stellen uns gegen Werbung für Produkte, die ungesunde Produkte als gesund deklariert.

8.3. Ampelkennzeichnung für Lebensmittel

Wir wollen die Ampelkennzeichnung für Lebensmittel einführen, durch die mit einem Blick erkennbar ist, wie gesund oder ungesund (Fett-, Salz-, oder Fettgehalt) ein Produkt ist.

8.4. Fokusverschiebung auf Prävention

Derzeit werden etwa ein Prozent der Kosten für die Gesundheit für Medizin aufgewendet. Wir fordern dieses Ungleichgewicht zu Gunsten der Prävention aufzuheben und dadurch Krankheiten besser vorzubeugen.

8.5. Einführung einer Positivliste

In dieser Liste, die in vielen EU-Ländern schon längst eingeführt wurde, werden Medikamente, deren positive Wirkung nachgewiesen ist, aufgenommen. Nur Arzneimittel der Positivliste sollen verwendet werden.

9. Sicherheit

9.1. Das staatliche Gewaltmonopol

Wir fordern ein konsequentes Vorgehen bei der Durchsetzung von Recht und Gesetz, keine weitere Aufweichung des Legalitätsprinzips und eine harte Bestrafung von Widerstandshandlungen und Angriffen auf Polizeibeamte und andere Vertreter staatlicher oder gemeinnütziger Organisationen in Ausübung ihres Dienstes.

9.2. Polizeiliche Ausstattung

Wir fordern für eine stärkere Präsenz im öffentlichen Raum und eine deutlich bessere personelle und materielle Ausstattung der Polizei, insbesondere in Bundesländer, in denen seit Jahren zu Lasten der Polizei gespart wurde. Weiterhin fordern wir die Verstärkung der Polizei durch den flächendeckenden Aufbau eines freiwilligen Polizeidienstes in allen Bundesländern.

9.3. Das Kirsten-Heisig-Modell

Zur Bekämpfung der Jugendkriminalität setzen uns für die bundesweite Anwendung des „Kirsten-Heisig-Modells“ ein. Durch eine strukturierte Zusammenarbeit aller am Leben eines Jugendlichen beteiligten Akteure entsteht ein Frühwarnsystem. So können durch gemeinsames, konsequentes Handeln und schnelle Verurteilung Verbrecherkarrieren verhindert werden.

9.4. Das Null-Toleranz-Prinzip

Opferschutz geht vor Täterschutz. Wir setzen uns für ein Null-Toleranz-Prinzip nach New Yorker Vorbild ein, um der Kriminalität klar entgegenzutreten und fordern frühzeitige Verhängung von „Warnschuss-Arresten“ und die konsequente Abschiebung krimineller Ausländer bei schweren Straftaten.

9.5. Mindeststrafen

Zur Vermeidung von Intensivtäterkarrieren fordern wir die Verschärfung und konsequente Anwendung von Mindeststrafen. Wir stellen uns gegen Begriffe wie „Verbotsirrtum⁴“ oder „Warnstiche⁵“, da diese eine Verhöhnung der Opfer darstellen, die Arbeit der Polizei zunichte machen und das Vertrauen in den Rechtsstaat schwinden lassen.

9.6. Justizvollzugsanstalten

Justizvollzugsanstalten dienen der sicheren Unterbringung von inhaftierten Gefangenen. Die Forderung nach mehr Komfort lehnen wir ab. Die personelle und materielle Ausstattung der Justizvollzugsanstalten muss den heutigen Anforderungen angepasst werden. Insassen müssen wirkungsvolle Resozialisierungsprogramme durchlaufen und an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Kriminelle müssen nach Schwere der Verbrechen getrennt untergebracht werden können.

9.7. Diskriminierendes Verhalten

Wir fordern ein härteres Vorgehen gegen Diskriminierungen. Dazu gehört die Deutschfeindlichkeit genauso wie die Ausländerfeindlichkeit. Staatliche Programme zur Bekämpfung von Extremismus und Diskriminierung müssen gleichmäßig für alle Formen der Diskriminierung verwendet werden.

⁴ Verbotsirrtum: Der Angeklagte wusste aufgrund seines kulturell sehr unterschiedlichen Migrationshintergrundes nicht, dass die begangene Tat in Deutschland verboten war.

⁵ Warnstiche: Der Angreifer wollte das Opfer durch lebensgefährliche Messerstiche in den Unterleib nur warnen.

9.8. Kulturell-motivierte Straftaten

Wir fordern ein konsequentes Vorgehen gegen kulturell- oder religiös-motivierte Straftaten, wie körperliche Züchtigungen, Genitalverstümmelungen, häusliche Gewalt gegen Frauen und Kindern, Zwangsehen oder religiös begründete medizinische Eingriffe gegen das Selbstbestimmungsrecht junger Frauen.

9.9. Kampf gegen Islamismus

Wir fordern im Kampf gegen den Islamismus und seiner fanatischen Anhänger eine Null-Toleranz-Strategie. Ausländer, die sich extremistische Organisation anschließen, sollen ihre Aufenthaltserlaubnis verlieren. Islamistische Vereine und Organisationen sind konsequent zu verbieten.

9.10. Geheimdienste

Die Ausstattung von Verfassungsschutzbehörden und Nachrichtendienste zur Aufklärung der permanenten terroristischen Bedrohung muss angemessen sein. Ziel muss die frühzeitige Entdeckung und Verhinderung von terroristischen Anschlägen sein.

10. Migration und Integration

10.1. Kosten der Zuwanderung

Wir fordern eine nach den unterschiedlichen Zuwanderungsgruppen aufgeschlüsselte Studie zu Berechnung des volkswirtschaftlichen Nutzens der Zuwanderung und der Kosten, die diese im Laufe der Jahrzehnte verursacht hat.

10.2. Zuwanderungsstopp

Wir fordern einen Zuwanderungsstopp, mindestens bis zur Lösung der vorhandenen Integrationsprobleme, die insbesondere durch Zuwanderung aus islamisch geprägten Ländern gebracht hat. Spitzenkräfte sollen davon ausgenommen sein.

10.3. Abwanderung

Wir fordern, die Ursachen für Abwanderung insbesondere von Fachkräften zu erforschen und Gegenmaßnahmen einzuleiten.

10.4. Familiennachzug

Der Missbrauch des Familiennachzuges muss durch klare Regeln verhindert werden. Für den Familiennachzug müssen ausreichende Sprachkenntnisse vorhanden sein, grundlegendes Wissen über die deutsche Kultur und Gesellschaft sowie Grundkenntnisse des deutschen Rechts. Es muss nachgewiesen werden, dass der in Deutschland lebende Partner für den Lebensunterhalt des Nachziehenden aufkommen kann und wird. Das Nachzugsalter ist auf mindestens 25 Jahre festzulegen. Der Familiennachzug ist auf Ehegatten und Kinder zu begrenzen.

10.5. Illegale Einreise

Sich in Deutschland illegal aufhaltende Personen sind konsequent in ihre Herkunftsländer abzuschicken. Wir fordern, dass Deutschland für die Verstärkung der Sicherung der europäischen Außengrenzen in Partnerschaft mit den Ländern an den EU-Außengrenzen eintritt. Die Drittstaatenregelung ist mit allen EU-Nachbarstaaten konsequent anzuwenden und weiterzuentwickeln.

10.6. Asylrecht

Wir stehen für das Asylrecht für Menschen die durch Kriege oder Verfolgung bedroht sind, stellen uns jedoch gegen jeden Missbrauch. Asyl ist ein zeitlich befristetes Aufenthaltsrecht, das regelmäßig aufgehoben werden muss, sobald die Voraussetzungen für die Anerkennung nicht mehr vorliegen.

10.7. Aufenthaltsrecht

Wir fordern, dass jede neu erteilte Aufenthaltserlaubnis in den ersten sechs Jahren jährlich geprüft werden muss. Erst danach kann eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis nur unter Erfüllung bestimmter Voraussetzungen erteilt werden. Bei schweren Straftaten soll gleichzeitig mit Verurteilung die Aufenthaltserlaubnis entzogen werden.

10.8. Einbürgerung

Die Einbürgerung steht am Ende eines Assimilationsprozesses. Unter Assimilation verstehen wir die ökonomische, kulturelle und mentale Anpassung an die Grundlagen unserer Gesellschaft zur Erreichung gleicher Lebenschancen. Der Antrag auf Einbürgerung kann frühestens 10 Jahre nach rechtmäßigem Aufenthalt gestellt werden. Die Einbürgerungszusicherung kann nur nach sorgfältiger Prüfung absolvierter Tests, dem Beherrschen der deutschen Sprache und einem klaren Bekenntnis zum Grundgesetz erteilt werden. Die doppelte Staatsbürgerschaft lehnen wir ab. Das Optionsmodell ist schnellstens abzuschaffen.

10.9. Integration ist eine Bringschuld

Wir betrachten die Integration als eine von Zuwanderern zu erbringende Mindestleistung. Wir lehnen es ab, Zuwanderern, die durch Integration, Assimilation und Einbürgerung Deutsche geworden sind, ihren „Immigrationshintergrund“ vorzuhalten. Die gesamte Integrationsindustrie ist aufzulösen bzw. völlig neu zu ordnen. Ziel muss es sein, dass die Kosten der Integration von Zuwandern selbst getragen werden.

10.10. Bildung ist Grundvoraussetzung

Zur Überwindung der derzeitigen Probleme sind Zugewanderte durch verpflichtende Integrationskurse sprachlich und gesellschaftlich zu fördern, aber auch zu fordern. Dauerhaft hier lebende Ausländer haben sich soweit zu integrieren und zu qualifizieren, dass sie den Weg in den ersten Arbeitsmarkt finden.

In Schulen ist innerhalb und außerhalb des Unterrichts auf dem gesamten Schulgelände die deutsche Sprache durchzusetzen. Unentschuldigtes Fehlen muss sanktioniert werden und zur Kürzung von Leistungen führen.

10.11. Arbeit fördert Integration

Zahlreiche Zuwanderer sind wirtschaftlich erfolgreich und damit in der Regel auch gut integriert. Der Erwerbsarbeit kommt somit bei allen Integrationsanstrengungen eine zentrale Rolle zu. Wir setzen uns deshalb für die konsequente Einführung des „Workfare-Konzeptes“^{→0} ein.

10.12. Der politische Islam

Ausgehend von dem Wissen, dass der Islam nicht nur eine Religion, sondern vor allem auch eine politische Ideologie ist, fordern wir eine Überprüfung aller in Deutschland aktiven islamischen Vereine und Verbände auf ihre Verfassungs- und Rechtstreue, auf ihren Einfluss auf die Integration und auf ihre Verbindungen zu islamischen Ländern um den Missbrauch der Religionsfreiheit zur Durchsetzung politischer Ziele zu unterbinden. Von in Deutschland den Koran unterrichtenden Imamen ist ein schriftliches Bekenntnis zu fordern, dass alle gültigen Rechtsnormen stets über islamisches Recht stehen und dass die Scharia hier keine Gültigkeit hat und haben wird.

Wir wissen, dass Moscheebauten nicht nur religiösen Zwecken dienen und oft die Integration massiv behindern und zur Entstehung oder zur Festigung von Parallelgesellschaften führen. Deshalb fordern wir eine Modifizierung des Baurechts, so dass Bebauungsplanverfahren für Moscheebauten zwingend und vor allem die Beteiligung der Bürger und Kommunalparlamente obligatorisch werden.

Wir setzen uns mit aller Kraft gegen eine Islamisierung unseres Landes ein.

10.13. Rückführung bei Integrationsverweigerung

Wer in Deutschland leben will, hat die deutsche Sprache zu lernen, hat sich auf dem Arbeitsmarkt einzubringen, hat die rechtlichen Grundlagen Deutschlands bedingungslos zu akzeptieren und die deutsche Kultur mindestens zu respektieren. Bei Missachtung und Integrationsverweigerung fordern wir die konsequente Anwendung des Ausländerrechts mit Ausweisung und Abschiebung und sofern das Ausländerrecht nicht greift, die Prüfung von Rückführungsangeboten und Hilfen zur Ausreise. Zuwanderer, die aufgrund erheblicher Straftaten ihre Aufenthaltserlaubnis oder die deutsche Staatsbürgerschaft verloren haben, sind zwingend auszuweisen.

11. Europa und Welt

11.1. Demokratische Legitimation

Wir fordern ein verbindliches und nicht zu wiederholendes Referendum über eine demokratische Reform der EU und in Verbindung damit eine breite, ehrliche und transparente Aufklärung.

11.2. Demokratische Reformation

Wir fordern eine umfangreiche Restrukturierung, den Abbau des Beamtenapparates und die Anpassung der Gehälter, die Einrichtung demokratischer Institutionen und die Übertragung der Kontrolle an die europäischen Völker.

11.3. Adäquate Stimmverteilung

Deutschland hat anhand seiner Bevölkerung zu wenig Stimmgewicht in den Gremien der EU, trägt aber eine überproportionale Gewichtung der Abgaben. Dieses Ungleichgewicht muss entsprechend angepasst werden. Wir lehnen es ab, für die Folgen verfehlter Politik in anderen Ländern aufzukommen. Eine EU-Steuer darf nicht erhoben werden.

11.4. Nationale Angelegenheiten

Insbesondere der Ausweisungsschutz, das Assoziierungsabkommen mit einem Nicht-EU-Land und die geplanten Antidiskriminierungsgesetze, die in Wirklichkeit genau das Gegenteil tun, sind ein nicht hinnehmbarer Eingriff in die Souveränität der Bundesrepublik. Wir fördern die volle Souveränität Deutschlands.

11.5. Israel

Israel ist der einzige demokratische Staat im Nahen Osten und damit der Vorposten der westlichen Welt im arabischen Raum. Alle demokratischen Länder müssen höchstes Interesse daran haben, dass Israel in freier Selbstbestimmung und in Sicherheit existieren kann. Wir bekennen uns ausdrücklich zum Existenzrecht Israels, es steht für uns nicht zur Disposition. Für den Friedensprozess in der Region gibt es keine Alternative, deshalb unterstützen wir alle Bemühungen, diesen erfolgreich zum Abschluss zu bringen. Ebenso unterstützen wir eine Mitgliedschaft Israels in der NATO.

11.6. Kein Türkei-Beitritt

Wir fordern eine Volksabstimmung über den Türkei-Beitritt und bei entsprechendem Ausgang den sofortigen Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Auch eine privilegierte Partnerschaft lehnen wir ab.

11.7. Entwicklungshilfe

Entwicklungshilfe muss Hilfe zur Selbsthilfe sein. Wir sind für eine schrittweise Reduzierung der Entwicklungshilfe und sukzessiver Umstellung auf freiwillige Spenden aus der Bevölkerung, die über Hilfsorganisationen in die Entwicklungsländer gebracht werden und dort sinnvoll zum Aufbau des Landes eingesetzt werden. Es soll ein Plan erstellt werden, wie diesen Ländern am effektivsten geholfen werden kann, ihr Volk selbstständig zu ernähren und eine eigene Industrie aufzubauen. Die dauerhafte Alimentierung kann hierbei keine Lösung sein.